



Medienmitteilung

Datum 09.12.2022

LGBT-Personen: Bericht stellt gesundheitliche Ungleichheiten fest

Ein Forschungsbericht zeigt, dass lesbische, schwule, bisexuelle oder trans Personen (LGBT) in der Schweiz gesundheitlich benachteiligt sind. Dies vor allem hinsichtlich psychischer und sexueller Gesundheit sowie Substanzkonsum. Der Bundesrat will daher prüfen, wie LGBT-Personen besser erreicht werden können. Er hat an seiner Sitzung vom 9. Dezember 2022 einen entsprechenden Postulatsbericht verabschiedet.

Mit dem Postulat Marti (19.3064) wurde der Bundesrat vom Parlament beauftragt, einen Bericht über die Gesundheit von lesbischen, schwulen und bisexuellen Personen zu erarbeiten. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) liess infolgedessen durch die Hochschule Luzern einen Forschungsbericht zur Gesundheit von LGBT-Personen erstellen. Dieser Bericht kommt zum Schluss, dass im Bereich der psychischen Gesundheit die Ungleichheiten zwischen LGBT-Personen und der übrigen Bevölkerung ausgeprägt sind.

LGBT-Personen leiden zum Beispiel vermehrt an depressiven Symptomen und unter Suizidgedanken. Ausserdem berichten sie häufiger, einen Suizidversuch unternommen zu haben. Der Bundesrat will deshalb prüfen, wie die Früherkennung und Frühintervention bei jungen LGBT-Personen mit Suizidgedanken verbessert werden kann. Er beauftragt das BAG, entsprechende Abklärungen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Suizidprävention zu treffen.

Die Forschungsergebnisse berücksichtigen neben der sexuellen Orientierung auch die Geschlechtsidentität (trans/non-binär vs. cis). Sie liefern Hinweise, dass bei LGBT-Personen nicht sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität an sich mit einer schlechteren (psychischen) Gesundheit in Verbindung stehen. Eine wesentliche Rolle spielen die häufigeren Diskriminierungserfahrungen sowie verminderte psychische und soziale Schutzfaktoren. Einige berichten auch über Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in der Gesundheitsversorgung. Die Angst vor Diskriminierung und mangelndes Vertrauen in die Gesundheitsversorgung können zum Verzicht auf Gesundheitsleistungen führen.

Tabak und Alkohol werden von den Befragten verglichen mit der übrigen Bevölkerung häufiger konsumiert. Sie sind aber gleich stark motiviert, mit dem Tabakkonsum aufzuhören. Sie haben auch häufiger Cannabis oder weitere psychoaktive Substanzen konsumiert. Das BAG will deshalb im Auftrag des Bundesrats prüfen, wie LGBT-Personen mit den Massnahmen der Strategie Sucht besser erreicht werden können.

Im Bereich der sexuellen Gesundheit zeigt der Forschungsbericht, dass schwule und bisexuelle Männer häufiger durch sexuell übertragbare Infektionen gefährdet sind. In diesem Bereich werden im Rahmen des Nationalen Programms HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (NPHS) seit langem Massnahmen umgesetzt. Detailliertere Forschungsergebnisse in diesem Themenbereich werden 2023 erwartet (Sex Health Survey 2022).

Grundsätzlich sollen LGBT-Personen in den erwähnten nationalen Strategien und Programmen besser berücksichtigt werden. Die Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt soll dabei als gesundheitsrelevanter Aspekt mitgedacht werden. Dem Bundesrat ist eine gesundheitliche Chancengleichheit für alle in der Schweiz lebenden Menschen, darunter auch sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, wichtig. Der Bundesrat setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeit dafür ein, LGBT-Personen in gesundheitspolitischen Strategien und in der Gesundheitsberichterstattung zu berücksichtigen. Zudem will der Bundesrat abklären, ob die Datenlage verbessert werden könnte, indem Fragen zur sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in nationale Erhebungen zu gesundheitlichen und sozialen Themen aufgenommen werden.

Für Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich kann der Forschungsbericht als Grundlage dienen, geeignete Massnahmen zugunsten von LGBT-Personen zu entwickeln. Der Bericht macht deutlich, dass Gesundheit stark mit sozialen Determinanten zusammenhängt. Es sind daher Massnahmen in verschiedenen Politikbereichen notwendig, um die Stellung von LGBT-Personen in unserer Gesellschaft zu stärken.

Weitere Informationen: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/nationale-gesundheitsstrategien/gesundheitsliche-chancengleichheit/forschung-zu-gesundheitlicher-chancengleichheit/gesundheits-von-lgbt-personen.html>

Adresse für Rückfragen:

Bundesamt für Gesundheit, Kommunikation
+41 58 462 95 05, media@bag.admin.ch

Zuständiges Departement:

Eidgenössisches Departement des Innern EDI